

Die Enteignungen mit Namen Privatisierung schreiten voran

Von Andres Müller

Deutschland will seine Stromverteilungsanlagen freiwillig verkaufen

Die Bundesregierung unterstützt die Zusammenführung der deutschen Hochspannungsnetze in eine gemeinsame Netzgesellschaft mit [ausländischer Beteiligung](#)¹.

„Grundsätzlich“ sei die Netzgesellschaft ein Weg, um die Kosten des Netzbetriebs weiter zu senken und den Anstieg der Strompreise zu bremsen, sagte Wirtschaftsminister Michael Glos. Doch warum der Strom dann billiger sein sollte, wenn ein zusätzliches Unternehmen, das ja auch einen „gesunden Gewinn“ erzielen möchte, in die Versorgungskette zwischen Erzeuger und Verbraucher eingeschaltet wird, das verrät uns der gelernte Müllermeister Glos leider nicht.

Die angloamerikanischen Finanzinvestoren stehen schon Gewehr bei Fuß bereit zum Einmarsch in Deutschland, um sich die nächste Gewinnquelle (neben der ebenfalls im Angebot stehenden Bahn) zu erschließen.

Ein wenig aufmucken tut der Wirtschaftsminister schon gegen den im Gang befindlichen Ausverkauf deutschen Produktivvermögens, wenn er feststellt, daß im Gegensatz zu den Vorstellungen der EU-Kommission, die eine Zwangsabtrennung der Netze gefordert hatte, eine Lösung „in freier Entscheidung der Unternehmen“ zustande kommen müsse. Aber im Ergebnis läuft es auf das Selbe hinaus, ob die Energieversorger in Deutschland auf Anordnung aus Brüssel oder auf gutes Zureden von Minister Glos an die Angloamerikaner abgeben werden.

Vielleicht springt auch für Herrn Glos ein ansehnlicher Verwaltungsratsposten heraus, wenn er einmal in Pension geht?

Das Land Nordrhein-Westfalen verkauft seine Immobilien

An wen? An den Meistbietenden! Das ist der US-Immobilienfonds Whitehall Real Estate Funds! Ausgestochen wurde der Konkurrent mit Namen Deutsche Annington, wobei der Name schon eine Lüge ist, denn dieses Unternehmen ist im Besitz des englischen Private Equity Investors „Terra Firma“. Whitehall gehört der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs. Verkäufer ist die Landesentwicklungsgesellschaft NRW ([LEG](#)), letztendlich aber die Nordrhein-Westfälische Regierung (90% Eigentumsanteil)². Sie verkauft Volkseigentum, das ihr eigentlich nur zur Verwaltung anvertraut ist, an das große US-Kapital.

Leidtragende sind zunächst einmal die betroffenen Mieter, denn die Kapitaleigner in USA wollen natürlich mit ihrem Kaufobjekte eine entsprechende Rendite erzielen. Und da hat man in USA ganz andere Vorstellungen als in Deutschland. Dem Land Nordrhein-Westfalen entgehen die zukünftigen Mieteinnahmen, die wird man dann durch Steuererhöhungen ausgleichen müssen. Dann trifft es alle. Ja alle, die bei solchen Geschäften gar nicht gefragt werden, wenn ihr Vermögen, das Volksvermögen, das die Politiker verwalten sollten, an ausländische Eigentümer verkauft wird.

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.06.2008 Seite 12.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.06.2008 Seite 12.

Man stelle sich einmal vor, die deutschen Monarchen vergangener Jahrhunderte hätten so gehandelt wie die Politiker heute und ihre Latifundien an den russischen Zaren oder den britischen Hochadel verkauft, damit diese höhere Einnahmen aus dem Besitz, also von ihren Untertanen, herauspressen könnten. Sie taten es nicht. Sie fühlten sich in ihrer Rolle als Landesvater verantwortlich für das Volk. Da hat sich heute einiges geändert.

Die altbekannte Rechtfertigung für diese heute üblich gewordene, aber durch nichts zu rechtfertigende Vermögensverschleuderung an das ausländische Finanzkapital lautet, daß diese Wohnungsimmobilien für den Staat ein Verlustgeschäft seien. Doch wer kontrolliert diese Behauptung? Eigentlich müßte sich jeder vernünftige Mensch die Frage stellen, wieso ein renditegieriger US-Investor bereit ist, so viel Geld für ein Objekt zu zahlen, das angeblich keinen Gewinn bringt?

Die nächste Frage wäre, ob denn die Politiker nicht in der Lage sind, eine effiziente Immobilienwirtschaft zu organisieren? Dann wären sie sicherlich ihr Geld nicht wert, das sie sich ständig selbst über permanente Diätenerhöhungen auszahlen. Den Deutschen scheint gar nicht klar zu sein, was seit einigen Jahren hier unter dem Namen „Privatisierung“ eigentlich abläuft.

Schauen wir uns die Zahlen des Geschäftes an, das da abgewickelt worden ist, dann werden wir verstehen, warum die Kapitalanleger aus USA sich um das Immobilienobjekt LEG so gerangelt haben: Der Verkaufserlös betrug 3,4 Mrd. Euro. Nach Abzug der Verbindlichkeiten in Höhe von 2,7 Mrd. Euro errechnet sich ein Eigenkapital von 0,7 Mrd. Euro, mit dem die LEG einen Nettogewinn von 0,168 Mrd. Euro erwirtschaftet hat. Aus diesen Zahlen errechnet sich dann eine Eigenkapitalrentabilität von:

$$\frac{0,168}{0,7} = 24,00\%$$

Welcher vernünftige Unternehmer würde sein Unternehmen verkaufen, wenn es eine Eigenkapitalrentabilität von 24% erwirtschaftet?

Im vorliegenden Fall ist der Verkäufer gar nicht der Eigentümer, sondern der Verwalter, der aus dem Erlös einen Teil seiner Schulden bezahlen muß, die er in jahrzehntelanger Mißwirtschaft angehäuft hat.